



Liberté • Égalité • Fraternité  
RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES ET EUROPÉENNES

DIRECTION GÉNÉRALE DE L'ADMINISTRATION  
ET DE LA MODERNISATION

DIRECTION DES RESSOURCES HUMAINES

Sous-direction de la Formation et des Concours

Bureau des concours et examens professionnels  
RH4B

**CONCOURS EXTERNE ET INTERNE POUR L'ACCÈS À L'EMPLOI DE  
SECRETARE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
(CADRE D'ORIENT)  
AU TITRE DE L'ANNÉE 2012**

---

**ÉPREUVES ÉCRITES D'ADMISSIBILITÉ**

**8 septembre – 14 septembre 2011**

**ALLEMAND**

Durée totale de l'épreuve : 3 heures.

Coefficient : 2.

Toute note inférieure à 10 sur 20 est éliminatoire.

Barème de notation des 3 épreuves : QCM 4 points, fiche 10 points, note 6 points

**— QUESTIONNAIRE À CHOIX MULTIPLES —**

*Réponse à un questionnaire à choix multiples portant sur la grammaire, les structures et les usages de la langue allemande. – Durée : 30 minutes.*

Ce dossier comporte 8 pages (page de garde non comprise).

\*  
\* \*

**SUJET :**

Compléter la grille de réponse distribuée séparément, une seule réponse par question.



1. Wir wünschen ..... viel Erfolg.

- a) dich
- b) Ihnen
- c) Ihr
- d) Sie

2. In öffentlichen Gebäuden ..... rauchen.

- a) will man nicht
- b) muss man nicht
- c) kann man nicht
- d) darf man nicht

3. Die Unterlagen haben auf meinem Tisch .....

- a) gelegen
- b) gelegt
- c) gewesen
- d) gelagen

4. .... er im Büro war, trank er immer viel Kaffee.

- a) Zur Zeit
- b) Als
- c) Wann
- d) Wenn

5. Dein Chef hat angerufen. Du ..... ihn unbedingt zurückrufen

- a) sollst
- b) brauchst
- c) darfst
- d) magst

6. .... er abends immer noch nicht angekommen war, war sie sehr beunruhigt.

- a) Wann
- b) Trotz
- c) Als
- d) Während

7. Ich kann mich einfach nicht ..... meine neue Wohnung gewöhnen.

- a) an
- b) über
- c) auf
- d) mit

8. In ..... arbeiten Sie?

- a) welcher Unterleitung
- b) welcher Unterführung
- c) welcher Unterabteilung
- d) welchem Unterabteil

9. .... er morgen nicht kommen kann, werde ich ihn vertreten.

- a) Da
- b) Als
- c) Ob
- d) Dass

10. .... doch nicht immer alles so negativ!

- a) Sieht
- b) Sieh
- c) Sehe
- d) Seh

11. Die ..... der Opfer wurden zur Unfallstelle geführt.

- a) Angehörenden
- b) Angehörten
- c) Angehörigen
- d) Angehören

12. Sie tut so, .....

- a) als hätte sie nichts davon gewusst
- b) als sie nichts davon gewusst hätte
- c) als sie nichts davon hätte gewusst
- d) als ob sie nichts davon hätte gewusst

13. Der Krieg.....

- a) hat nicht gekonnt verhindert werden
- b) konnte nicht verhindert werden.
- c) war nicht verhindert geworden
- d) wurde nicht verhindern gekonnt.

14. Unser Termin wurde auf ..... festgelegt.

- a) den einundzwanzigsten Juli
- b) einundzwanzigstem Juli
- c) den einundzwanzig Juli
- d) einundzwanzigster Juli

15. Ich habe kein Geld mehr. Hast du vielleicht noch ..... ?

- a) eins
- b) welches
- c) davon
- d) etwas

16. Bundesweit gibt es .....

- a) eine Lache in den Ausbildungsplätzen
- b) einen Mangel an Ausbildungsplätzen
- c) Mängel über Ausbildungsplätze
- d) ein Versäumnis der Ausbildungsplätze

17. Als wir endlich ankamen, waren sie gerade einen Tag ..... abgereist.

- a) voraus
- b) bevor
- c) vorhin
- d) vorher

18. .... schreibt die Firma rote Zahlen.

- a) Trotz des Aufschwungs
- b) Trotzdem Aufschwung
- c) Obwohl des Aufschwungs
- d) Da der Aufschwung

19. Die Partei sieht sie als eine ..... Kandidatin.

- a) zu ernst genommene
- b) ernst genommene
- c) ernst zu nehmende
- d) zu ernst nehmende

20. Mit dieser Studie ....., welche Auswirkung das Einkommen der Wähler auf ihr Wahlverhalten hat.

- a) soll ermitteln
- b) soll ermittelt werden
- c) wird ermittelt sollen
- d) soll ermitteln werden

21. Diese Informationen können wir leider nicht über das Internet beziehen. .... müssen wir auf die herkömmlichen Medien zurückgreifen.

- a) An dieser Stelle
- b) Anstatt davon
- c) Stattdessen
- d) Derentwegen

22. .... keine absolute Mehrheit zustande kommt, findet eine Stichwahl statt.

- a) In der Falle
- b) Falls dessen
- c) Falls
- d) Fällig

23. Sie ist gut versichert. Man weiß ja nie, was ..... so im Urlaub passieren kann.

- a) man
- b) jenem
- c) einem
- d) etwas



32. - Was für ein Auto möchten sie mieten? - ....., aber ich brauche es sofort.

- a) Irgendeins
- b) Jegliches
- c) Egal eins
- d) Manches

33. Die Bundesregierung ..... wegen der anhaltenden Demonstrationen immer mehr unter Druck.

- a) wird
- b) führt sich
- c) gerät
- d) hat

34. Einem Mitarbeiter der Gewerkschaft ..... soll es am Montag zu längeren Streiks kommen.

- a) zufolge
- b) gemäß
- c) folglich
- d) laut

35. Letztes Jahr wurde die Mehrwertsteuer mehrfach .....

- a) gestiegen
- b) gesunken
- c) gesenken
- d) erhöht

36. .... gilt so lange man nicht schuldig gesprochen wurde.

- a) Das Ungültigkeitsprinzip
- b) Der Schuldlosigkeitsgrundsatz
- c) Das Verdachtlosigkeitsrecht
- d) Die Unschuldsvermutung

37. Es heißt, dass ..... die Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen bedingt.

- a) das soziale Abkommen
- b) das soziale Hinterbild
- c) die soziale Herkunft
- d) der soziale Grund

38. Die Konferenz hat mit einem umfangreichen Erfahrungsaustausch ihr Ziel.....

- a) reicht
- b) erreicht
- c) gereicht
- d) erreichen

39. Die Vorsitzende musste aus Termingründen ihre Teilnahme an der Feier .....

- a) aufheben
- b) verdrücken
- c) übersehen
- d) absagen

40. Der Schriftsteller wollte nicht, dass seine Memoiren nach seinem Tod veröffentlicht .....

- a) worden
- b) wären
- c) wurden
- d) würden

41. Unser Referat ist ..... Finanzierung von Kulturveranstaltungen.

- a) kümmerlich um die
- b) beschäftigend mit der
- c) zuständig für die
- d) tätig über

42. Wie hoch ist das Gehalt eines ..... ?

- a) Abgeordnete
- b) Abgeordneten
- c) Abgeordneter
- d) Abgeordnete

43. Beim Umgang mit der Presse ist es wichtig, sich über die Leitlinien unseres Projektes ..... zu sein.

- a) einig
- b) einheitlich
- c) ein
- d) vereint

44. - Braucht man für einen Auslandsaufenthalt ein Visum? - Es kommt ....., wohin Sie wollen.

- a) darüber an
- b) darüber auf
- c) darauf an
- d) darauf ab

45. Bei der Frage nach einer möglichen Steuersenkung im kommenden Jahr behauptet der Sprecher, dass er nichts davon .....

- a) weißt
- b) wisse
- c) weiße
- d) wisst



54. Sie hat jahrelang ..... Siemens gearbeitet.

- a) zu
- b) bei
- c) in
- d) als

55. Ich komme gerade .....

- a) aus dem Arzt
- b) zurück des Arztes
- c) vom Arzt
- d) des Arztes her.

56. Die Idee ist ..... realistisch ..... machbar.

- a) noch ... noch
- b) weder ... noch
- c) je ... noch
- d) noch ... desto

57. Während der Kolonialzeit wurden viele Menschen ..... christianisiert.

- a) zwinglich
- b) gezwungen
- c) unter Drang
- d) unter Zwang

58. ...., dass es so nicht mehr weitergehen kann.

- a) Meiner Meinung nach ist
- b) Meinetwegen ist es so
- c) Ich bin der Ansicht
- d) Ich bin die Meinung

59. Ich ..... die Gelegenheit, um Ihnen meinen Dank auszusprechen.

- a) nehme
- b) profitiere
- c) nutze
- d) fasse

60. Es war gefährlich, dass er sie den ganzen Weg .....

- a) fahren lassen hat.
- b) fahren gelassen hat
- c) gefahren ließ
- d) hat fahren lassen



Liberté • Égalité • Fraternité  
RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES ET EUROPÉENNES

DIRECTION GÉNÉRALE DE L'ADMINISTRATION  
ET DE LA MODERNISATION

DIRECTION DES RESSOURCES HUMAINES

Sous-direction de la Formation et des Concours

Bureau des concours et examens professionnels  
RH4B

**CONCOURS EXTERNE ET INTERNE POUR L'ACCÈS À L'EMPLOI DE  
SECRETARE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
(CADRE D'ORIENT)  
AU TITRE DE L'ANNÉE 2012**

---

**ÉPREUVES ÉCRITES D'ADMISSIBILITÉ**

8 septembre – 14 septembre 2011

**ALLEMAND**

Durée totale de l'épreuve : 3 heures.

Coefficient : 2.

Toute note inférieure à 10 sur 20 est éliminatoire.

Barème de notation des 3 épreuves : QCM 4 points, fiche 10 points, note 6 points

**– FICHE DE SYNTHÈSE EN FRANÇAIS –**

*Rédaction en français d'une fiche de synthèse (450 mots avec une tolérance de plus ou moins 10%) à partir de documents en allemand. – Durée (note et fiche de synthèse) : 2 heures 30 minutes.*

Ce dossier comporte 10 pages (page de garde et sommaire non compris).

\*  
\* \*

**SUJET :**

Au moyen des documents ci-joints rédigez une fiche en français sur les enjeux de la régulation de l'internet.



**Composition du dossier**  
**(10 pages)**

**Document n°1 : « Techniker sollten Kant lesen » (2 pages)**

**Document n°2 : « Online-Konsultationen sind kein demokratischer Selbstläufer » (2 pages)**

**Document n°3 : « Zyprien fordert Internet-Gesetzbuch » (1 page)**

**Document n°4 : « Politik-Geschäcker entzweit Internet-Regierungsberater » (3 pages)**

**Document n°5 : « Die Internet-Mächtigen diskutieren mit sich selbst » (2 pages)**

## Techniker sollten Kant lesen

Wer Neues entwickelt, brauche ein "moralisches Betriebssystem", sagt Google-Hausphilosoph Damon Horowitz. Fragt sich nur, was Kant wohl von Street View gehalten hätte.

Entwickler neuer Technologien sollten deutlich mehr über die moralischen Maßstäbe ihrer Erfindungen nachdenken, findet Damon Horowitz. Denn wie Computer ein Betriebssystem, bräuchten Entwickler ein "moral operating system", ein moralisches Betriebssystem. So banal diese Erkenntnis klingen mag, so ungewöhnlich war es, dass dem promovierten Philosophen bei seinen Erläuterungen Führungskräfte aus dem Silicon Valley zuhörten. Wie selbstverständlich hatten sie sich am 11. Mai unter Studenten und Mitarbeiter der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Stanford gemischt, um Horowitz zu sehen.

Er ist kein Unbekannter und selbst das beste Beispiel für seine Forderung. Horowitz hat nicht nur gleich mehrere erfolgreiche Internetfirmen gegründet, eine davon Aardvark, eine Art Community-basierte Suchmaschine, die kürzlich von Google aufgekauft wurde. Er ist auch promovierter Philosoph und bekleidet bei Google heute sowohl den Posten eines technischen Leiters als eben auch den eines inoffiziellen Haus- und Hofphilosophen.

In dieser Funktion hielt er in Stanford einen Vortrag mit dem Titel: "Why you should quit your technology Job and geht a humanities Ph.D" – "Warum Sie ihren Technik-Job kündigen und in den Geisteswissenschaften promovieren sollten."

Fast scheint es ein Trend, dass Technikunternehmen Philosophen beschäftigen, siehe das Beispiel Gunter Dueck, der bei IBM Deutschland eine ähnliche Rolle bekleidet wie Horowitz bei Google. Und natürlich gibt es nichts daran auszusetzen, wenn Unternehmen jemanden bezahlen, um sich über die Welt den Kopf zu zerbrechen.

Doch stellt sich die Frage, was die Philosophie zu strittigen Fragen beitragen kann. Was hätte beispielsweise der von Horowitz zitierte Stuart Mill von Street View

gehalten? Hätte es für die Straßenbilder das Aus bedeutet, wenn eine moralische Fragen primär nach ihren Konsequenzen zu beurteilen wäre? Und sollte beim Thema der Gesichtserkennung Goggles eher kantianisch, also idealistisch argumentiert werden und der Zweck nicht alle Mittel heiligen, selbst bei konkretem Nutzen?

So geht es den Unternehmen insgesamt wohl kaum um mehr, als dank philosophischer Kompetenz sympathischer auf Nutzer, Kunden und Partner zu wirken. Daher ist es zwar durchaus positiv, dass Google Menschen wie Horwitz beschäftigt und öffentlich denken lässt. Traditionell aber ist eine andere Arbeitsteilung sinnvoller: Unternehmen entwickeln Technik und die Gesellschaft entscheidet, welche davon sie sich zumuten kann und will. Von Erfindern zu verlangen, sich im Zweifel selbst zu beschränken, ist wenig aussichtsreich, fehlen dazu doch die Anreize, wenn auf der anderen Seite Gewinne locken.

Noch ein Problem gibt es bei der Idee des Hausphilosophen. Ein abhängig Beschäftigter mit Affinität zu seiner eigenen Branche wird sicherlich nicht maximal gut geeignet sein, die moralischen Implikationen seiner Kollegen aus der Entwicklungsabteilung interessen- oder gar wertefrei zu beurteilen.

Der amerikanische Philosoph John Rawls etwa hält den "Schleier des Nichtwissens" für eine notwendige Voraussetzung, um gerechte Entscheidungen ohne eigene Interessen zu treffen. Auf diesen Schleier kann man bei Philosophen wie Horowitz aber nur schwerlich hoffen.

Was jedoch nicht bedeutet, dass ihm keine wichtige Funktion zukommt. Jemand wie Horowitz kann vor allem Übersetzer sein, um zwischen Technik und Gesellschaft zu vermitteln. Immerhin ist ein großes Problem bei der politischen Regulierung von Wirtschaft und Technik das Verständnis. Wer über komplexe Dinge urteilen will, muss sie zuerst begreifen.

**Öffentlicher Web-Dialog****"Online-Konsultationen sind kein demokratischer Selbstläufer"**

**Bürgerbeteiligung, Netzregulierung, Street View, Datenschutz: In einem Gastbeitrag zieht Innenminister *Thomas de Maizière* sein Fazit der "e-Konsultation" - seines Versuchs, den Dialog über Netzpolitik via Web zu befördern. Er verrät, was die Politik und er gelernt haben. Und noch zu lernen haben.**

Das Internet verändert: Sich selbst in seiner unablässigen Weiterentwicklung, uns Menschen, in der Art und Weise wie wir kommunizieren und uns Informationen beschaffen. Und es verändert auch die Politik, die lernen muss, mit diesen neuen Kommunikationsformen und -möglichkeiten umzugehen.

*"Wenn etwas wichtig ist, dann wird es mich schon erreichen!"* So hat ein unbekannter Internetnutzer seine Einstellung im Umgang mit der "Nachrichtenzentrale" Internet beschrieben, der auch andere beipflichten. Auf den ersten Blick eine bestechende Logik - wenn ich gut vernetzt im Internet unterwegs bin und via Facebook, Twitter und Co. auf dem Laufenden bleibe, ohne mich anzustrengen.

Auf den zweiten Blick aber wird deutlich: Wenn sich alle zurücklehnen und darauf warten, dass die wichtigen Nachrichten zu ihnen kommen, wird eben genau das nicht passieren. Das Netz lebt - genau wie die Demokratie - vom Mitmachen, und dabei können wir uns nicht wie vorm Fernseher bequem zurücklehnen. Bildhaft gesprochen müssen wir uns vorbeugen, uns aktivieren, um Tastatur und Rechner zu bedienen - jedenfalls zurzeit noch, ich bin mir fast sicher, dass die Technologie auch hier in Zukunft Veränderungen bringen wird..

Die "Aktivierung", sich zu gesellschaftlichen und politischen Themen zu äußern und zu positionieren, ist dank der Möglichkeiten des World Wide Web leichter als je zuvor, ich verweise hier nur beispielhaft auf die Möglichkeiten der Online-Petition beim Deutschen Bundestag.

Eines können wir dabei nicht verbergen: Die Politik hat der rasanten Entwicklung des Internets in den letzten Jahren kaum folgen können. Umso wichtiger ist es, nun nicht das vielleicht Versäumte mit gut gemeintem, aber unangebrachtem Aktionismus nachholen zu wollen. Wir dürfen hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Der Sache gerecht werden. Das sollte die Online-Konsultation zu meinen 14 Thesen zu den Grundlagen einer gemeinsamen Netzpolitik der Zukunft leisten. Und nebenbei wollte ich auch etwas lernen...

Ich war daher neugierig, wie dieses Angebot zur Beteiligung aufgenommen wird. Mit Interesse habe ich wahrgenommen, wie heterogen das Gesamtbild ist. Erstaunt haben mich z.B. die Bewertungen zur These, in der ich ein stärkeres Bewusstsein für gemeinsame Werte gefordert habe. Für mich eine Selbstverständlichkeit, bilden doch gemeinsame Werte das Fundament unseres Zusammenlebens und prägen damit auch unsere Einstellung zum Internet.

Dennoch haben nur ungefähr 50 Prozent der Teilnehmenden dieser These zugestimmt. Befürchtet wurde in diesem Kontext die Durchsetzung stärkerer staatlicher Kontrolle. Dieses Misstrauen gegenüber dem Staat ist falsch, aber wir müssen es ernst nehmen. Wenn Misstrauen die Diskussionen beherrscht, ist es schwer, Sachargumente in den Vordergrund zu rücken.

**Selbstverständlicher Bestandteil unserer Kultur**

Umso mehr freue ich mich, dass die meisten Thesen vielen kritischen Stimmen im Internet zum Trotz eine breite Zustimmung gefunden haben. Dies gilt beispielsweise für die These zur Stärkung der

Medienkompetenz. Die Beiträge der Online-Konsultation zeigen, dass sich viele "User" die aus einem sorglosen Umgang mit ihren eigenen Daten entstehende Gefahr bewusst gemacht haben. Genau das ist mein Anliegen. Wir brauchen mehr und vor allem auch frühzeitige Aufklärung, wenn wir von den Internetnutzern ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Handeln erwarten. Und wir brauchen Engagement, d.h. Bürgerinnen und Bürger, denen es selbst ein Anliegen ist, für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet zu werben.

Deutschland hat bisher nur wenige "Prototypen" für Online-Konsultationen auf Bundesebene und diese haben sicherlich an der einen oder anderen Stelle Kinderkrankheiten. Auch Politik muss erst lernen, mit den neuen Möglichkeiten umzugehen.

Gleiches gilt aber auch für die Bürgerinnen und Bürger. Es muss sich eine politische Netzkultur entwickeln, die dem Sachargument und der Idee verpflichtet ist. Das Internet ist nicht nur Gegenstand der Politik - es ist auch Mittel der Politik. Seine vielfältigen Möglichkeiten lassen sich nutzen, um einen politischen Dialog auf eine breitere Basis zu stellen. Wenn aktuell mehr Partizipationsmöglichkeiten gefordert werden, wenn es gilt, Politik verständlich und transparent zu gestalten, dann bietet das Internet dafür eine geeignete Plattform.

Aber ich sage ganz deutlich: Online-Konsultationen sind kein demokratischer Selbstläufer. Einfach nur "dagegen sein" bringt niemanden weiter. Wenn es selbstverständlicher Bestandteil unserer Kultur ist, dass auch im Internet Diskussionen sachbezogen, offen und nachvollziehbar geführt werden, dann wird es auch nicht darauf ankommen, ob der Bürger sich hinter einem Pseudonym versteckt oder seinen tatsächlichen Namen angibt.

## Zypries fordert Internet-Gesetzbuch



Brigitte Zypries

06. April 2010 Die Justitiarin der SPD-Bundestagsfraktion und frühere Bundesjustizministerin Brigitte Zypries fordert ein Internet-Gesetzbuch. Im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sagte sie: „Freiheit im Internet bedeutet für mich nicht Anarchie.“ Die Regeln der analogen Welt müssten auch im Netz durchgesetzt werden. Und dort, wo sie nicht passten, „muss neues, netztaugliches Recht geschaffen werden“, sagte Frau Zypries. „Für beides brauchen wir ein Internet-Gesetzbuch, ein NetGB.“

Das neue Gesetzbuch soll den Anspruch auf Zugang zum Netz regeln, den Datenschutz, den Schutz der digitalen Persönlichkeit, Verbraucherschutz, das Urheberrecht - und nicht zuletzt den Kinder- und Jugendschutz. An einigen wichtigen Stellen sei das Recht schon an die digitale Welt angepasst worden, etwa auf dem Gebiet des geistigen Eigentums, sagte Frau Zypries. „Aber es bleiben viele Baustellen.“ An diesen solle nicht länger „mit verstreuten Einzelregelungen“ gearbeitet werden. Auch die amtierende Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hatte ein solches Internet-Gesetzbuch schon erwogen.

### „Netzneutralität gesetzlich verankern“

Alle Menschen in Deutschland sollten Zugang zum Internet haben, fordert Frau Zypries. Etwa drei Millionen Haushalte und fünf Millionen Bundesbürger seien noch immer nicht an ein Breitbandnetz angeschlossen - und dreiviertel aller Breitbandkunden müssten sich derzeit mit Geschwindigkeiten von weniger als 10 Mbit in der Sekunde begnügen. „Das muss geändert werden, wenn es keine digitale Zweiklassengesellschaft des Wissens und der Information geben soll.“

Der Zugang zum Internet sei auch ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Dazu gehöre, „dass wir die Netzneutralität akzeptieren und in den Gesetzen verankern. Access Provider müssen Datenpakete von und an ihre Kunden unverändert und gleichberechtigt übertragen“, sagte die frühere Bundesjustizministerin. „Nur wenn alle Menschen einen schnellen Zugang zum Netz haben, können wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um unsere Demokratie zu stärken.“

Internet-Enquete-Kommission

## Politik-Geschacher entzweit Internet-Regierungsberater

04.07.2011,

**Eine tiefe Spaltung geht durch die Enquete-Kommission, die der Regierung Empfehlungen zur Internet-Politik geben soll: Gerade die Themen Netzneutralität und Datenschutz führen zu parteitaktischen Querelen - nun wird eine wichtige Abstimmung verschoben.**

Die Internet-Enquete-Kommission des Bundestags hat sich nach einem heftigen Streit bis Herbst vertagt. Das Gremium von 17 Abgeordneten und 17 Sachverständigen folgte damit einem Antrag aus den Reihen der Regierungskoalition. Zuvor waren überraschend mehrere Anträge aus dem Oppositionslager zum Thema Urheberrecht mit knapper Mehrheit gebilligt worden.

Anstatt wie geplant Empfehlungen zur Netzneutralität und zum Datenschutz zu beschließen, wurden die Beratungen bis zur Sitzung nach der Sommerpause verschoben. Abgeordnete der SPD, der Grünen und der Linken sowie mehrere Sachverständige warfen den Koalitionsparteien vor, mit "taktischen Spielchen" eine Abstimmung über die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität verhindert zu haben - damit ist die Gleichbehandlung aller Daten im Internet unabhängig von kommerziellen Interessen gemeint.

Am Vormittag sprach sich die Kommission für eine grundlegende Anpassung des Urheberrechts an Erfordernisse der digitalen Gesellschaft aus. Im Schnellverfahren wurden die Anträge durchgewunken, wobei die Koalition mehrfach überstimmt wurde, bis sie überraschend eine Mittagspause beantragte.

Schließlich stellten die Vertreter und Sachverständigen der Koalition nach der Unterbrechung den Antrag, die Punkte Netzneutralität und Datenschutz auf den Herbst zu vertagen. Als Grund gaben sie vor allem die durch die Abstimmung nun inkongruenten und widersprüchlichen Textstellen an, in denen man sich nur noch schlecht zurechtfinden könne.

Opposition, Sachverständigenvertreter, aber auch Internet-User, die den Livestream der Sitzung im Netz verfolgten, zeigen sich empört über diesen Antrag und vermuten dahinter rein taktische Überlegungen. Die Grünen-Abgeordnete Tabea Rößner erklärte in einer Twitter-Nachricht, dass sich

die Enquete-Kommission in der Öffentlichkeit "komplett lächerlich" mache, würden die Punkte erneut verschoben.

### **Manöver als Parteitaktik kritisiert**

Der Vorwurf: Die Koalition wolle durch das Manöver die Gefahr bannen, auch in diesen Punkten überstimmt zu werden. Eine heftige Diskussion über die Arbeitsweise der Kommission entbrannte, bevor nach einer weiteren Pause der Antrag auf Vertagung mit einer knappen Mehrheit angenommen wurde.

Markus Beckedahl, selbst als Sachverständiger in die Kommission berufen zeigte sich auf seinem Blog *netzpolitik.org* enttäuscht und bezeichnete die Beratungen als "Schmierenkomödie". "Die Koalition hat kein Interesse daran, dass die von ihr einberufene Enquete-Kommission für die Empfehlung einer gesetzlichen Festschreibung der Netzneutralität mehrheitlich stimmt."

Die Koalitionsmitglieder wiesen die Vorwürfe zurück. "Wir haben als Koalition in den Projektgruppen viele Kompromisse gemacht.", sagte der CDU-Abgeordnete Thomas Jarzombek. Bei den Abstimmungen zum Wortlaut des Zwischenberichts wollte man wieder eigene Standpunkte durchsetzen.

### **Kulturflatrate, Ablehnung drei "Three-Strikes-Law": Die bisherigen Ergebnisse**

Entscheidend war das Stimmverhalten der 17 Sachverständigen, die entsprechend der Fraktionsstärken von den Parteien vorgeschlagen wurden - aber nicht unbedingt immer in deren Sinne stimmten. "Ich habe so abgestimmt, wie man es von einem Sachverständigen erwartet, dass man nach seinem eigenen Sachverstand abstimmt", betonte der Bielefelder Künstler und Netzaktivist padeluun, der von der FDP-Fraktion vorgeschlagen worden war.

Am Ende war er aber dann doch das Zünglein an der Waage und folgte dem Antrag des Regierungslagers auf Verschiebung der weiteren Entscheidungen. Das Ergebnis der Abstimmungen vom Vormittag waren Empfehlungen, die die Internet-Szene aufhorchen ließen.

Das Gremium empfahl unter anderem das Recht auf eine Privatkopie auch für Downloads im Internet. Die Kommission sprach sich für den Vorschlag einer Kultur-Flatrate aus, als "gesetzliche Verankerung eines Anspruchs von Urheberinnen und Urheber gegen Provider auf Zahlung einer Vergütung durch die Verwertungsgesellschaften".

7 Außerdem sollen derzeit rechtlich unsichere Nutzungsformen klar geregelt

werden. So etwa Streaming-Angebote, bei denen Musik oder Filme im Internet direkt übertragen werden, ohne dass dabei eine Speicherung der Daten auf dem Computer vorgesehen ist.

### **Kein Sperren des Internet-Zugangs**

Bei der Bestrafung von sogenannten Raubkopierern wandte sich die Kommission dagegen, Straftätern zeitweise den Internet-Zugang zu sperren, wie es in den vergangenen Jahren in Frankreich diskutiert worden war. Auch empfahl die Kommission der Bundesregierung, "keine Initiativen für gesetzliche Internetsperren bei Urheberrechtsverletzungen zu ergreifen".

Die Enquete-Kommission Internet und Digitale Gesellschaft wurde im Mai 2010 vom Bundestag eingesetzt. Ihre Arbeit ist auf zwei Jahre angelegt. Der jetzt zunächst nicht zustande gekommene Zwischenbericht sollte nach einem Jahr vorgelegt werden.

Einvernehmlich beschlossen wurden bisher nur Empfehlungen zur Medienkompetenz. Hier sprach sich die Kommission dafür aus, alle Schüler mit Notebooks auszustatten und auch Lehrmittel wie Schulbücher digital bereitzustellen.

## **Die Internet-Mächtigen diskutieren mit sich selbst**

24.05.2011

Von Johannes Kuhn

**Nicolas Sarkozy ruft und die mächtigen Vertreter der amerikanischen IT-Unternehmen kommen: Auf dem eG8-Forum diskutieren Mark Zuckerberg und Co über die Zukunft des Internets. Doch das Treffen sorgt für Verstimmung - Bürgerrechtler fürchten Geheimabsprachen und mehr Regierungskontrolle.**

An großen Bekenntnissen ließ es der Gastgeber nicht fehlen: "Die Internetfreiheit zu reduzieren, ist Diktatur", verkündete Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy zum Auftakt des eG8-Forums, und proklamierte: "Eine nationale Regelung im Internet macht keinen Sinn." Dass das Netz keine nationalen Grenzen kennt, war dem ein oder anderen Internetnutzer durchaus vorher bekannt. Weil die Mächtigen der virtuellen Welt im Silicon Valley und nicht im Élysée-Palast sitzen, hat Sarkozy deshalb im Vorfeld des G-8-Gipfels die führenden Köpfe der IT-Branche zum eG8-Forum nach Paris bestellt.

Ob Facebook-Jungmilliardär Mark Zuckerberg, Googles Elder Statesman Eric Schmidt, Groupon-Aufsteiger Andrew Mason, NewsCorp-Verlagsantiquität Rupert Murdoch oder Ebay-Boss John Donahoe - sie alle sind angereist, um über die Zukunft des Internets zu diskutieren. Die Ergebnisse sollen dann auf dem Treffen der G-8-Staatschef besprochen werden.

Wie diese aussehen, hat allerdings bereits vor einigen Tagen Sarkozys Internet-Beauftragter Jean-Michel Hubert vorgestellt. Dabei zeichnet sich ab, dass die Sarkozy'sche Vision des Internets vor allem ein altbekanntes Motiv der französischen Netzpolitik wieder aufgreift: Kontrolle.

Bereits 2009 nahm in Frankreich die HADOPI-Behörde (Haute Autorité pour la diffusion des œuvres et la protection des droits sur internet) ihre Arbeit auf: Sie verfolgt illegale Downloads, die bei ihr gemeldet werden und kann bei dreimaligem Verstoß sogar den Internet-Anschluss eines Filesharers kappen (*three strikes*), soweit ein Gericht dem zustimmt. Das entsprechende Gesetz kam auf großen Druck der französischen Musik- und Filmindustrie zustande.

## **Ein zivilisiertes Internet**

Ein auf diese Art und Weise "zivilisiertes Internet", so das Motto des Gipfeltreffens, schwebt Sarkozy auch international vor und könnte nun nach der Befürchtung von Kritikern weltweit zum Standard werden. Mittelfristig würden die mächtigsten Länder der Welt zentralisierte Kontrollinstanzen schaffen, die selbst jeglicher Kontrolle entzogen sind. "Die Welt, die Sie repräsentieren, ist kein Paralleluniversum, in dem legale und moralische Regeln und die Prinzipien, die eine demokratische Gesellschaft leiten, keine Anwendung finden", machte Sarkozy schon einmal den Gipfel-Teilnehmern bei seiner Auftaktrede klar.

Ein Beispiel für das steigende Interesse an gesetzlicher Netz-Regulierung lieferte vor einigen Tagen erneut Frankreich: Ein neuer Gesetzentwurf der Konservativen könnte bald auch Hackern unter dem HADOPI-Gesetz bis zu zwei Jahren der Netzzugang entzogen werden. Als Anlass gelten hier Cyberattacken, wie sie beispielsweise das lose Hacker-Kollektiv Anonymous durchführt.

## **Hippokratischer Eid für das Internet**

Jenseits von der Frage nach der Praktikabilität ist Misstrauen bei Online-Bürgerrechtlern ob solcher Ideen groß: Der bekannte Blogger Cory Doctorow lehnte beispielsweise bereits im Vorfeld ab, nach Paris zu reisen, andere bezeichnen die Veranstaltung als "Alibi-Gipfel".

Der US-Medienblogger Jeff Jarvis wird da schon konkreter. Er fordert einen "hippokratischen Eid für das Internet", diesem vor allem keinen Schaden zuzufügen.

In eine ähnliche Kerbe schlug auch Google-Chef Eric Schmidt bei seiner Rede in Paris: "Die Technik wird sich immer schneller als Regierungen bewegen, also führt keine neuen Gesetze ein, solange ihr die Konsequenzen nicht versteht", sagte er.

Und auch Sarkozys Aussage in der Eröffnungsrede, dass die Internet-Revolution nicht "das Grundrecht des Einzelnen auf sein Privatleben einschränken" dürfe, dürfte auf Sammlung und Vermarktung personenbezogener Daten fixierten Unternehmen wie Google, Facebook und Co. kaum in die Firmenpolitik passen - sie fürchten, auf EU-Ebene durch starke Datenschutzaufgaben wichtige Einnahmen zu verlieren.





MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES ET EUROPÉENNES

DIRECTION GÉNÉRALE DE L'ADMINISTRATION  
ET DE LA MODERNISATION

DIRECTION DES RESSOURCES HUMAINES

Sous-direction de la Formation et des Concours

Bureau des concours et examens professionnels  
RH4B

**CONCOURS EXTERNE ET INTERNE POUR L'ACCÈS À L'EMPLOI DE  
SECRETARE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
(CADRE D'ORIENT)  
AU TITRE DE L'ANNÉE 2012**

---

**ÉPREUVES ÉCRITES D'ADMISSIBILITÉ**

**8 septembre – 14 septembre 2011**

**ALLEMAND**

Durée totale de l'épreuve : 3 heures.

Coefficient : 2.

Toute note inférieure à 10 sur 20 est éliminatoire

Barème de notation des 3 épreuves : QCM 4 points, fiche 10 points, note 6 points.

**– NOTE EN ALLEMAND –**

*Rédaction en allemand d'une note (450 mots avec une tolérance de plus ou moins 10%)  
à partir de documents ou d'informations en allemand. – Durée (note et fiche de  
synthèse) : 2 heures 30 minutes.*

Ce dossier comporte 7 pages (page de garde et sommaire non compris).

\*  
\* \*

**SUJET :**

Au moyen des documents ci-joints, rédigez une note en allemand faisant le point sur la fin de la conscription en Allemagne.



**Composition du dossier**  
**(10 pages)**

**Document n°1** : « Weniger Soldaten, aber dafür mehr im Ausland » (2 pages)

**Document n°2** : « Der Anti-Gutenberg » (2 pages)

**Document n°3** : « Experten rüffeln Ineffizienz der Bundeswehr » (1 page)

**Document n°4** : « Pflichtdienst weicht freiwilligem Engagement » (1 page)

**Document n°5** : « Stell dir vor, es ist Krieg, und du musst hin » (1 page)



De Maizière erläutert Bundeswehrreform

## Weniger Soldaten, aber dafür mehr im Ausland

Verteidigungsminister de Maizière verkleinert die Bundeswehr, möchte aber mehr Soldaten zu Auslandseinsätzen schicken - auch nach Pakistan und Somalia. Die Opposition signalisiert Zustimmung für die Reform - aber kann sich dabei Seitenhiebe auf Guttenberg nicht verkneifen.

Nach Libyen also Pakistan, Jemen und Somalia: Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) rechnet damit, dass die Bundeswehr in Zukunft mit Militäreinsätzen in weiteren instabilen Ländern konfrontiert wird. Wie man Anfragen dieser Art beantworten werde, sei dann eine Frage der Abwägung, sagte er der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Angesichts der Erfahrungen, die die Bundeswehr in Afghanistan gemacht habe, sehe er aber keinen Grund, solche Einsätze auszuschließen.

Deutliche Worte unmittelbar vor der für de Maizière so wichtigen Regierungserklärung zur Wehrreform. Im Bundestag legte de Maizière nach: Es müsse selbstverständlich sein, dass Deutschland in den Vereinten Nationen, der Nato oder der Europäischen Union die internationale Verantwortung übernimmt, "die wir uns zutrauen, die man uns zutraut und die man von uns erwartet", sagte de Maizière. "Das ist mehr, als es bisher in Deutschland bekannt ist oder wohl auch akzeptiert ist." Der CDU-Politiker will künftig bis zu 10.000 Soldaten für Auslandseinsätze bereitstellen. Derzeit sind es etwa 7000.

Ohne Außenminister Westerwelle zu nennen, der für Deutschlands Enthaltung gesorgt hat, als es im Weltsicherheitsrat um den Libyen-Einsatz ging, sagte de Maizière, Deutschland habe den Anspruch, ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt zu sein.

De Maizière betonte erneut, dass über Auslandseinsätze der Bundeswehr künftig nicht nur nach nationalen Kriterien entschieden werde. Es müssten auch Einsätze aus reiner internationaler Verantwortung möglich sein. "Wir bleiben dabei zurückhaltend und verantwortungsvoll in jede Richtung", sagte de Maizière. Sicherheit für Deutschland zu gewährleisten bedeute heutzutage insbesondere, die "Auswirkungen von Krisen und Konflikten möglichst auf Distanz zu halten". Dazu gehöre es, "sich aktiv an deren Vorbeugung und Eingrenzung zu beteiligen".

Der Minister sprach sich auch für eine intensive öffentliche Debatte über die Reformpläne aus: "Die Bundeswehr reicht der Öffentlichkeit die Hand." Der Verteidigungsminister plant eine drastische Verkleinerung der Streitkräfte von 220.000 auf 175.000 bis 185.000 Soldaten. Bei den darüber hinaus freiwillig Wehrdienstleistenden rechnet de Maizière mit 5000 Soldaten, möglich sind allerdings bis zu 15.000. Die Zahl der zivilen Mitarbeiter soll von 76.000 auf 55.000 gesenkt werden.

### **Ende des "Schaulaufens"**

SPD und Grüne signalisierten grundsätzlich ihre Zustimmung zur Bundeswehrreform und lobten de Maizières Arbeit und Auftreten. Mit seiner Amtsübernahme seien "Sachlichkeit und Vernunft" zurückgekehrt, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold, mit einem Seitenhieb auf dessen Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). Auch der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Jürgen Trittin, lobte den Auftritt des Ministers.

SPD 1/04

100 TAGE DE MAIZIÈRE IM NEUEN AMT

## Der Anti-Guttenberg

100 Tage Schonfrist für Thomas de Maizière sind abgelaufen. Der Verteidigungsminister hört viel Lob, doch seine großen Bewährungsproben kommen noch. VON GORDON REPINSKI

BERLIN *faz* | Als Thomas de Maizière Ende Mai dem Bundeskabinett die Nachricht des ersten toten deutschen Soldaten seiner Amtszeit in Afghanistan überbringen musste, spürte man einen deutlichen Unterschied zu Vorgänger Guttenberg, berichten Teilnehmer. Der neue CDU-Verteidigungsminister blieb ruhig, sachlich, er wirkte aufrichtig berührt.

Er bat die Kabinettsmitglieder, die Nachricht intern zu halten, weil sein Haus die Angehörigen telefonisch noch nicht erreichen konnte. „Die sollen es nicht aus dem Radio erfahren“, sagte de Maizière. „Da war kein schleimiges Pathos zu spüren“, heißt es aus Teilnehmerkreisen im Rückblick. „Guttenberg gab auch im Kabinett immer Pressestatements ab.“

In dieser Woche ist Thomas de Maizière seit 100 Tagen Verteidigungsminister. Keine allzu leichte Aufgabe: CSU-Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg wurde respektiert im Ausland, gefeiert vom Boulevard, vergöttert von den Soldaten. Denn Guttenberg wusste mit großer Geste und glänzenden Fotos die Aufmerksamkeit auf Afghanistan und das Militär zu lenken. Das gefiel.

De Maizière ist anders. Er ist so, wie er im Kabinett die tragische Nachricht des toten Soldaten vermittelte: ruhig und bedacht. Die Zeit der großen Auftritte ist vorbei, er arbeitet im Stillen, seit er sein Amt nach der Plagiatsaffäre um Vorgänger Guttenberg im März angetreten hat. Er feiert die Verteidigungspolitik nicht, er organisiert sie.

Es sind große Aufgaben, die er übernommen hat. Die Bundeswehrreform kommt, die Wehrpflicht ist bereits ausgesetzt. Und aus Afghanistan sollen trotz schwieriger Sicherheitslage bis Ende des Jahres die ersten Soldaten abziehen. Bis dahin drohen weitere deutsche Opfer. Allein in den vergangenen Wochen starben vier Soldaten.

Bei der Bundeswehrreform muss de Maizière eine Reduzierung der Truppenstärke von 220.000 auf bis zu 185.000 Soldaten umsetzen und über die Zukunft der rund 400 Bundeswehrstandorte entscheiden. Bereits jetzt hat in den Bundesländern das Ringen begonnen, denn Kasernen sind echte Wirtschaftsfaktoren.

## Gespanntes Warten auf die neuen Pläne zur Bundeswehrreform

Doch de Maizière muss bis 8,3 Milliarden Euro bis 2015 sparen, es wird Kürzungen bei den Standorten geben. Insbesondere in Bayern - dort gibt es bundesweit die meisten Kasernen - schaut man deshalb mit Skepsis auf die Pläne, die de Maizière im Herbst verkünden will. Trotzdem: "Wenn es einer schafft, dann er", heißt es aus Regierungskreisen. Der Minister profitiere schließlich von den Netzwerken aus seiner Zeit als Merkels Kanzleramtsminister der großen Koalition.

De Maizière ist ein Phänomen in der Bundesregierung. Es gab wohl kaum jemals einen Minister, dessen Arbeit von Regierungs- und Oppositionspolitikern gleichermaßen geschätzt wird. Die FDP-Verteidigungsexpertin Elke Hoff lobt, der neue Minister habe sich „in kürzester Zeit eingearbeitet“. Er habe "Ruhe in die Bundeswehr gebracht", man arbeite "ganz ausgezeichnet zusammen". Hoff: "Ein Kontrastprogramm zu Guttenberg."

Dennoch: Das Amt des Verteidigungsministers ist auch für ihn persönlich risikoreich. Der Afghanistaneinsatz verliert zunehmend an Rückhalt in der Bevölkerung, mit jedem neuen Anschlag nimmt er weiter ab. 52 tote und 190 verwundete Soldaten sind die Zwischenbilanz seit Beginn des Einsatzes. Ende des Jahres sollen die ersten Soldaten das Land verlassen, bis 2014 sollen die Kampfhandlungen der Bundeswehr beendet sein.

Dass bis dahin gerade die USA volles Engagement von de Maizière erwarten, machte der oberste US-Militär am Donnerstag in Berlin deutlich: "Deutschland ist einer der bedeutendsten Alliierten der USA", sagte Admiral Mike Mullen, "ich danke für die kontinuierliche Unterstützung in Afghanistan." Das konnte man als bloßen Dank verstehen. Oder aber als Aufforderung, dies nicht so schnell zu ändern.

## EU-Vergleich

### Experten rüffeln Ineffizienz der Bundeswehr

**Weniger einsatzfähig und deutlich teurer als andere europäische Armeen: Dieses Bild der Bundeswehr ergibt sich laut "Wirtschaftswoche" anhand von Daten der Europäischen Verteidigungsagentur. Die Ausgaben pro Soldat im Einsatz betragen demnach das Dreifache des EU-Durchschnitts.**

Düsseldorf - Die Bundeswehr arbeitet im Vergleich zu anderen westeuropäischen Armeen offenbar äußerst ineffizient. Während die Zahl der einsatzfähigen deutschen Soldaten bei 7000 liege, seien es in Großbritannien 22.000 und in Frankreich 30.000 Soldaten. Das berichtete die "Wirtschaftswoche" am Samstag unter Berufung auf Zahlen der Europäischen Verteidigungsagentur EDA.

Hinter jedem Bundeswehrsoldaten im Einsatz stünden 35 Soldaten und 15 zivile Mitarbeiter in Deutschland im Grundbetrieb und zur Unterstützung, berichtet die "Wirtschaftswoche" weiter. Bei den Franzosen seien es acht Soldaten und zwei zivile Mitarbeiter, bei den Briten neun und vier, EU-weit 16 und vier. Die Ausgaben pro Soldat im Einsatz lägen bei 5,16 Millionen Euro und damit dreimal so hoch wie im EU-Durchschnitt.

Trotzdem gebe Deutschland insgesamt relativ wenig für die Streitkräfte aus. Dem Magazin zufolge sind es schon vor den Sparmaßnahmen der Bundeswehrreform nur 31 Milliarden Euro oder 1,3 Prozent des Bundesinlandsproduktes (BIP), während in Frankreich die Verteidigungsquote bei 2,0 und in Großbritannien bei 2,5 Prozent liegt.

Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums wollte die Zahlen nicht kommentieren. Die Bundeswehr befinde sich gerade in einer Neuausrichtung der Streitkräfte, die diese auch effizienter machen solle, sagte der Sprecher lediglich. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) will im Zuge der geplanten Reform den Schwerpunkt von der Landesverteidigung auf ein internationales Engagement und damit auf mehr Auslandseinsätze verschieben. Trotz verringerter Truppenstärke sollen 10.000 Soldaten statt wie bisher 7000 gleichzeitig in Auslandseinsätze geschickt werden können.

#### **Erschreckendes Verhältnis von Input und Output**

Der FPD-Verteidigungspolitiker Christoph Schnurr sagte der "Wirtschaftswoche", Input und Output stünden bei der Bundeswehr in einem erschreckenden Verhältnis. "Die Bundeswehr hat den Wandel ihrer Kernkompetenz von einer stehenden Panzerarmee zu hochmobilen Einsatzkräften noch nicht umgesetzt."

Der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold wies dagegen daraufhin, dass für britische und französische Soldaten die Bedingungen im Einsatz sehr viel härter als bei der Bundeswehr seien. Gerade die Briten würden teils "achtlos" mit ihren Soldaten umgehen, sagte er. "Wir wollen einen Soldaten, der nicht nur ein Einsatzsoldat ist", sagte Arnold.

Im Zuge der Wehrreform soll die Truppenstärke von 220.000 Soldaten auf bis zu 185.000 sinken, auch sollen zehntausende Stellen für Zivilmitarbeiter gestrichen werden. Am Freitag war die Wehrpflicht mehr als 50 Jahre nach ihrer Einführung offiziell ausgesetzt worden. Künftig soll es 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten geben. Bei den darüber hinaus freiwillig Wehrdienstleistenden rechnet de Maizière mit mindestens 5000 Soldaten, angestrebt sind bis zu 15.000. Zum 1. Juli traten aber nur 3400 junge Menschen den Dienst bei der Truppe an.

## Pflichtdienst weicht freiwilligem Engagement

Die Tage des "Zivis" sind gezählt. Pünktlich zum Monatsbeginn hat der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) den bisherigen Pflichtdienst abgelöst. Während junge Männer bislang mindestens sechs Monate zur Bundeswehr gehen oder alternativ ihren Zivildienst ableisten mussten, laufen soziales Engagement oder der Dienst an der Waffe künftig auf freiwilliger Basis. Zivis sind Auslaufmodelle. Die Entscheidung des Gesetzgebers, den Pflichtdienst abzuschaffen und durch Freiwilligendienst zu ersetzen, trifft auch soziale Einrichtungen in Leonberg und Umgebung zum Teil schwer.

Der Heimleiter des Leonberger Samariterstift zieht eine ernüchternde Bilanz: "Wenn unser letzter Zivi weg ist, dann wird es für uns wirklich eng." Bislang waren im Samariterstift jährlich etwa acht Zivildienstleistende beschäftigt, die in der Regel Pflichtenaufgaben übernahmen, für die den Hauptamtlichen Zeit und Kapazität fehlten. Selten sei ein Zivi in der Pflege eingesetzt worden, so Walter Knapp. "Die meisten haben in der Haustechnik oder im Fahrdienst gearbeitet." Für die hauptamtlichen Mitarbeiter sei das eine große Entlastung gewesen. Doch damit ist Ende Juli endgültig Schluss. Dann nämlich streicht der letzte Zivi seine Segel. "Dann sitzen wir quasi auf dem Trockenen", sagt Knapp. Wie es im Einzelnen weitergehe, müsse man sehen. Fakt ist: "Für Pflichtenaufgaben wie beispielsweise Essensauslieferung müssen wir Hauptamtliche einspannen", erklärt Pflegedienstleiterin Branka Peric.

Letztendlich gehe der Wegfall der Zivis auf deren Kosten. Um den Bedürftigen die volle Pflege zu gewährleisten, müssten die Hauptamtlichen all ihre Kapazitäten ausnutzen. Wie das allerdings auf Dauer funktionieren soll, dahinter steht bislang noch ein großes Fragezeichen.

Frederik Kindler ist der letzte Zivildienstleistende im Leonberger Samariterstift. Er ist in der Haustechnik beschäftigt. Mal geht er dem Hausmeister zur Hand oder hilft in der Küche aus. "Ich mache das, was eben so anfällt", beschreibt der mittlerweile 20-Jährige seine Aufgaben. Im Februar dieses Jahres hatte er seinen Dienst in der Seestraße angetreten. Auf die Stelle sei er eher zufällig gekommen. Ein Kumpel hatte hier seinen Zivi gemacht und Frederik das Samariterstift empfohlen. "Auf diese Weise haben wir viele Zivis bekommen", erklärt Branka Peric.

Über die vergangenen Monate urteilt Frederik Kindler: "Die Zivizeit war echt ganz gut." Auch wenn nicht immer alles toll gewesen sei, geschadet habe es ihm auf jeden Fall nicht. Dieser Meinung ist auch Walter Knapp. Er hält die Zeit, in der ein Mensch Zivildienst oder einen anderen freiwilligen Dienst leistet, für einen wichtigen Lebensabschnitt. Die jungen Menschen bekämen gerade im sozialen Bereich einen anderen Blickwinkel auf die Dinge.

Freiwilliges soziales Engagement als geeignete Alternative zum Pflichtdienst, davon ist man im Samariterstift bislang nicht überzeugt. Denn: "Bei uns hat sich noch kein einziger Freiwilliger gemeldet", sagt Branka Peric. Vor allem für den Fahrdienst suche man händeringend Personal.

Mit der Volljährigkeit flatterte den jungen Männern bislang der Musterungsbescheid ins Haus. Wer tauglich war, musste zur Bundeswehr oder leistete Ersatzdienst. Mit der Abschaffung des Wehrdienstes kommt den Kreiswehrersatzämtern eine neue Aufgabe zu. "Stärker die Werbetrommel für den freiwilligen Wehrdienst rühren", erklärt eine Sprecherin der Wehrbereichsverwaltung Süd: "Bei Frauen und Männern."

**Bundeswehr****Stell dir vor, es ist Krieg, und du musst hin**

**Die Wehrpflicht geht, zu wenige Freiwillige kommen. Unter Hochdruck wirbt die Bundeswehr um Rekruten und präsentiert sich als attraktiver, vielseitiger, verlässlicher Arbeitgeber. Doch das größte Problem ist offensichtlich: Wer beim Militär anheuert, muss bereit sein, in den Krieg zu ziehen.**

Markus Matthias Müller fragte das erste Mal nach einem Job bei der Bundeswehr, da war er erst 17 Jahre alt. Bis zum Abitur hatte er noch zwei Jahre. Doch seit er ein kleines Kind ist, will er eigentlich nur eines: fliegen. "Und das Schnellste und das Höchste, was man fliegen kann, das sind die Jets bei der Bundeswehr", sagt Müller.

Heute ist aus dem Schüler Müller der Fähnrich Müller geworden. Er ist 20 Jahre alt und besucht die 9. Offiziersschule der Luftwaffe, seine Kaserne ist in Fürstenfeldbruck. Er absolviert das zweite Lehrjahr der Ausbildung zum Jetpiloten. Im Monat verdient er 1500 Euro netto. Wenn die Bundeswehr demnächst in Afghanistan mit dem Eurofighter Aufklärungsflüge macht, dann könnte Müller dort ein Kampfflugzeug steuern.

Soldat sein - der Beruf ist aus den Nachrichten vertraut. Ständig ist der Krieg in Afghanistan präsent, nicht zuletzt auch die Wehrreform: Noch unter Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wurde die Wehrpflicht ausgesetzt. Nun muss sein Nachfolger Thomas de Maizière zusehen, wie er den Betrieb der deutschen Armee am Laufen hält. Denn das Interesse junger Leute, sich freiwillig zu melden, ist denkbar gering.

**Laufbahn auch ohne Schulabschluss**

"In Zukunft werden wir wegen der Reform wohl weniger Menschen einstellen", sagt Birger Gädt, Wehrdienstberater bei den Streitkräften. Gern rührt er deshalb die Werbetrommel. Fragt man ihn, welche Möglichkeiten es für junge Leute dort gibt, lacht er und sagt: "Alle."

Die Bundeswehr kann Menschen mit jeder Art von Abschlusszeugnis gebrauchen. Es gibt sogar eine Laufbahn für junge Leute ohne Abschluss, die Mannschaftslaufbahn. Dann gibt es die Offizierslaufbahn für Abiturienten, die Unteroffizierslaufbahn für Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und die Laufbahn zum Feldwebel, für die sich Menschen mit Meisterbrief bewerben können. Hinzu kommen die Studienmöglichkeiten an den beiden Bundeswehr-Universitäten in Hamburg und München.

Fachlich können Jugendliche in so gut wie jedem Beruf ausgebildet werden. In dieser Hinsicht ist es der Bundeswehr wichtig, ein Arbeitgeber wie viele andere zu sein, dessen Abschlüsse auch außerhalb von Militärkreisen anerkannt sind. Und sie betont, dass deutsche Soldaten im Einsatz für den Frieden sind.

Doch der wichtigste Unterschied zu durchschnittlichen Firmen dürfte potenziellen Bewerbern immer klar sein: Zu den Militärberufen gehört selbstverständlich die Möglichkeit von Kriegseinsätzen - die Option auf Kampf und Tod. Früher, zu Zeiten des Kalten Krieges, war das eher theoretisch. Heute rücken deutsche Soldaten tatsächlich in Krisengebiete aus, vor allem nach Afghanistan.

**Schießen ist Pflicht - außer in der Verwaltung**

Jeden Bewerber nehme das Militär auch jetzt nicht, schränkt Gädt ein. Die jungen Leute dürfen keine Vorstrafen haben und brauchen einen deutschen Pass. Sie müssen hinter der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen und mindestens 17 Jahre alt sein, für den Freiwilligen Wehrdienst, der die Wehrpflicht ersetzen soll, sogar 18. Außerdem legt die Bundeswehr großen Wert auf Mobilität. "Bundeswehr heißt bundesweit", so Gädt. Eine körperliche Grundfitness ist genauso Voraussetzung wie die Bereitschaft zu Auslandseinsätzen wie dem in Afghanistan.

Allerdings bietet die Bundeswehr nicht nur Karrieren in Uniform an. Rund 80.000 Mitarbeiter arbeiten in den zivilen Bereichen der Bundeswehr, die meisten davon in der Verwaltung. Für diese Jobs müssen junge Leute weder als Soldat aktuell dienen noch zuvor gedient haben. Ein Wechsel in die freie Wirtschaft ist jederzeit möglich.

Für alle anderen gilt: Gleich, welche Laufbahn sie einschlagen - die jungen Leute müssen bereit sein, im Ernstfall zu schießen. Und gehen das Risiko ein, erschossen zu werden.

